

Parteien zur Wahl - die Familienpartei

Als Nachtrag zu unserer Parteienstudie

(http://www.mann-dat.de/fileadmin/Dokumente/Studien/Parteienstudie_2008.pdf) veröffentlichen wir nachstehend die Stellungnahme der Familienpartei zu unseren „Zehn Fragen zur Jungen- und Männerpolitik“.

Interview mit Thomas Lechner, Beisitzer im Vorstand der Familienpartei Deutschland - Landesverband Bayern

MANNDat: 1. Jungen haben heute das schlechtere Bildungsniveau und die schlechtere Bildungsbeteiligung als Mädchen. Im Bericht des BMBF „Bildungsmisserfolge von Jungen“ wird dargelegt, dass Jungen in allen Fächern bei gleichen schulischen Kompetenzen schlechtere Noten erhalten und bei gleichen Noten seltener an höhere Schulen empfohlen werden als Mädchen. In wie weit haben Sie in Ihrer Partei die Bildungsbenachteiligung von Jungen bislang thematisiert und welche Maßnahmen halten Sie hier für erforderlich?

Antwort: *Zuerst einmal gilt es die Sprache anzupassen: „Junge“ ist das weibliche Gegenstück zu „Alte“. Wir sagen deshalb lieber Knabe zum männlichen Kind, um Missverständnisse zu vermeiden. Aber im männlichen Ernst: Seit Jahrzehnten wird mit „Gender Mainstreaming“ versucht, die natürlichen Geschlechtsunterschiede durch gleichmachende Sozialisation zu verwischen. Obwohl unter erheblichem finanziellen Aufwand aus Steuergeldern „Girlsdays“ veranstaltet werden, Mädchen in Schulen und Medien erheblich gefördert und unterstützt werden, schaffen diese es oft nicht, sich im Alltag zu bewähren. Obwohl Knaben gegenüber Mädchen zum Teil sogar vernachlässigt werden, bewähren diese sich im wirtschaftlichen Alltag. Dies zeigt, dass bei stärkerer Förderung der Knaben wesentlich mehr Nutzen auch für die Wirtschaft möglich wäre.*

2. Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach notwendig, damit aktiv erziehende Väter in der Gesellschaft besser akzeptiert werden als bisher?

Antwort: *Zuerst einmal muss geklärt werden, in wie fern ein Vater „aktiv erziehend“ sein darf - nämlich nur wenn dies die Mutter unterstützt. Es muss also hier der soziale und rechtliche Unterschied zwischen ehelichen und nichtehelichen Vätern abgeschafft werden, um alle Väter benennen zu können. Ich stehe grundsätzlich für gemeinsame elterliche Sorge; spätestens mit Anerkennung der Vaterschaft! Darüber hinaus ist das zuständige „Bundes-Ministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend“ durch den Zusatz „Männer“ zu erweitern, um geschlechtsdiskriminierende Aussagen zu vermeiden und diese Stellen durch Männerbeauftragte zu besetzen, die sich ihrer Aufgabe verdient gemacht haben. Darüber hinaus fordere ich, den Eltern eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 20 % zuzugestehen. Der Lohnausfall ist von Seiten des Staates in voller Höhe zu ersetzen.*

3. Welche konkreten Maßnahmen halten Sie zur Verbesserung des Umgangsrechtes für Väter für erforderlich?

Antwort: *Derzeit spielen Jugendämter lediglich die Rolle des Geldeintreibers. Die Beistandschaften haben die Pflicht, das von den Vereinten Nationen vereinbarte „Menschenrecht des Kindes, das von einem oder beiden Elternteilen getrennt ist“, durch- und umzusetzen. Dies könnte durch einfachen Beschluss der Behörde geschehen. Grundsätzlich gilt auch hier wieder: Die Ungleichbehandlung insbesondere bei unehelichen Kindern ist abzuschaffen. So ist spätestens bei Anerkennung der Vaterschaft dem Vater mitzuteilen, wie für das kommende Jahr, z.B. mit einem Jahresumgangskalender, die Umgänge als Recht des Kindes geregelt werden. Darüber hinaus müssen Arztbesuche, Kindergarten, Einschulung usw. - insbesondere ärztliche Eingriffe – grundsätzlich durch die Unterschrift beider Eltern bestätigt werden. Zeugnisse sind dem Vater grundsätzlich durch Ablichtung (Kopie) als Urkunde zuzustellen. Für den Fall, dass sich ein Vater*

tatsächlich dieser Verantwortung entziehen sollte, ist seitens der Mutter ein Antrag auf pädagogische Alleinherrschaft zu stellen, wie es heute durch Erziehungsdiktatur bei Unehelichen üblich ist.

4. Welchen Stellenwert hat Männergesundheit in Ihrer Partei? Werden Sie sich für die Erstellung eines Männergesundheitsberichtes und einer Männergesundheitsdatenbank einsetzen?

Antwort: *Bisher war dieses Thema noch nicht auf Parteigremien diskutiert worden. Viele Mitglieder haben jedoch dieses wichtige Thema erkannt. Grundsätzlich gilt, dass die Gesundheit eines Mannes oder seiner Kinder nicht weniger wert sein darf als von Frauen. So ist auch das Passivrauchen von Mädchen und Knaben durch Rauchen von alleinerziehenden Müttern gesundheitsschädlich und muss deshalb als vorsätzliche schwere Körperverletzung gewertet werden. Ich sage „Ja“, zum Männergesundheitsbericht und zur Männergesundheitsdatenbank.*

5. In §44 Sozialgesetzbuch Band IX ist festgelegt, dass nur weibliche Behinderte auf bestimmte Leistungen Anspruch haben (z.B. eine Selbstbehauptungskurs zur Stärkung des Selbstvertrauens, soweit dies ärztlich als erforderlich gesehen wird). Männlichen Behinderten – Jungen wie Männern stehen diese Leistungen nicht zu, auch wenn sie ärztlich als notwendig erachtet würden. Ist es Ihrer Meinung nach geboten, diesen Anspruch auch auf männliche Opfer zu erweitern?

Antwort: *Selbstverständlich sollte dies auch auf Knaben und Männer erweitert werden. Allerdings müssen wir auch hier erkennen, dass uns diese Diskriminierung in unserer Demokratie bisher nicht bekannt war. Vielleicht unterstützt der ehemalige Sowjetische Präsident Michael Gorbatschow deshalb den Männertag, der jährlich am 3. November stattfindet.*

6. Wie stehen Sie zur Tabuisierung männlicher Gewaltopfer in der Gewaltopferdiskussion im Allgemeinen und im Rahmen des Themas „Häusliche Gewalt“ im Speziellen?

Antwort: *Ja, da rennen Sie offene Türen ein. Versuchen Sie mal als Mann aus einer von der Frau abgeschlossenen Wohnung zu flüchten. Entweder Sie schlagen die Tür ein, und sind somit „gewalttätig“, oder Sie lassen sich von der Frau schlagen und machen sich vor Polizei und Gericht „unglaublich“ und „lächerlich“.*

7. Wie stehen Sie zu Männerzwangsdiensten (Wehrdienst, Zivildienst)? Abschaffen, aussetzen oder beibehalten?

Antwort: *Diese geschlechterdiskriminierende, kriegstreibende Einrichtung sollte unverzüglich abgeschafft werden. Grundsätzlich stehen wir eher zur Berufsarmee. Allerdings wäre es friedenspolitisch wichtiger, das technische Hilfswerk zu unterstützen, das bereits jetzt auch für Frauen beruflich offen steht. Zivildienst sollte in vollem Umfang abgeschafft werden, bzw. für beide Geschlechter verpflichtend sein. Jedoch muss die Entlohnung so sein, dass sich die Betriebe nicht am Zivildienst bereichern. D.h., dass jeder Zivi den Lohn bekommen soll, den ein vergleichbarer Vollzeitangestellter für die Tätigkeit bekommt.*

8. Ist es Ihrer Meinung nach erforderlich, die Integrationsförderung männlicher Migranten zu verbessern? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Antwort: *Die Familienpartei versteht sich in ihrer Arbeit als rassenübergreifend und unsere Aktionen sind unabhängig von der Nation, sondern für alle in Deutschland lebenden Personen. Das Thema Ausländerpolitik ist für uns deshalb sekundär. Wir freuen uns aber, wenn Zuwanderer in der Politik gestaltend wirken und diese beeinflussen, zumal wir glauben dass insbesondere Männer aus anderen Kulturen das Ungleichgewicht im „Gender-Bereich“ zurechtrücken können und werden.*

9. Obwohl Gleichstellungspolitik im Sinne eines Gender Mainstreaming jungen- und mänderspezifische Belange ebenso berücksichtigen soll, wie weibliche, sind die Gleichstellungsstellen von der Bundesebene bis zur kommunalen Ebene nahezu ausschließlich weiblich besetzt. Wie stehen Sie zu dieser einseitigen Ausrichtung der Gleichstellungsstellen und welche Meinung haben Sie von der europäischen Gleichstellungsstrategie „Gender Mainstreaming“?

Antwort: Wir schlagen vor, Gleichstellungsstellen grundsätzlich von einem Männerbeauftragten und einer Frauenbeauftragten gleichberechtigt zu leiten.

10. Welchen Stellenwert hat Männer- und Jungenpolitik in Ihrer Partei? Gibt es Arbeitskreise, Initiativgruppen oder ähnliches? Gab oder gibt es Vorstöße, auch Benachteiligungen von Männern und Jungen zu überwinden?

Antwort: Die „Familien-Partei Deutschlands“ versucht, die Familienpolitik durch Wertschätzung von „Vater, Mutter, Kind, Großeltern“ und deren Bedürfnissen zu beeinflussen. Deshalb fordern wir auch ein „Wahlrecht ab Geburt“, welches z.B. stellvertretend für das Kind von den Eltern jeweils durch eine „halbe Stimme“ wahrgenommen wird. Herausfordernd ist hierbei die Gesetzeslage, da das Wahlrecht höchstpersönlich und geheim zu sein hat. Unser Vorschlag „Wahlrecht ab Geburt“ wird inzwischen auch von anderen Parteien diskutiert. Die SPD schlägt vor, das „Kinderwahlrecht“ durch den/die Sorgeberechtigten auszuführen. Dadurch würden Eltern, die kein Sorgerecht haben (meist Väter), diskriminiert und benachteiligt werden. Vielmehr würde dann der „Sorgeberechtigte“ - meist die Mutter oder das Jugendamt - somit auch noch eine „Machterweiterung“ erfahren. Dass der SPD-Vorschlag auch noch das Kind diskriminiert, ist selbstredend.

Als einzige Partei im Bundesdeutschen Spektrum der Parteienlandschaft haben wir in unserem Parteiprogramm festgelegt, die Genitalverstümmelung an Knaben, die in unserem Land alltäglich ist, deutlich zu benennen und abzuschaffen. Es ist knabenverachtend, wenn die Politik „Genitalverstümmelung an Mädchen“ benennt (was wir durchaus begrüßen), jedoch gleichzeitig „Genitalverstümmelung an Knaben“ von diesen Aktionen ausgrenzt und somit diese Praktiken der Kindsmisshandlung an Knaben unterstützt.

Wenn Sie z.B. in der Suchleiste bei www.Muenchen.de den Begriff Genitalverstümmelung eingeben, erhalten sie vielfach Initiativen der „Rot-Grünen“ Stadt, bei denen Knaben ausgegrenzt werden.

Link :

[http://www.muenchen.de/home/81037/search_page.html?mq=genitalverst%C3%BCmmelung&suche1_bu](http://www.muenchen.de/home/81037/search_page.html?mq=genitalverst%C3%BCmmelung&suche1_bu%20ton=Suchen)
[ton=Suchen](http://www.muenchen.de/home/81037/search_page.html?mq=genitalverst%C3%BCmmelung&suche1_bu%20ton=Suchen)

■ **Initiativen gegen rituelle Beschneidung / Genitalverstümmelung**

Für die Zusammenfassung: Dr. med. Babette Schneider, Tel. (089) 233-479 34,

E-Mail: babette.schneider@muenchen.de, www.muenchen.de/frauengesundheit